

Der eskalierende Krieg gegen das Bargeld

05.03.2016 | [John Browne](#)

Am 16. Februar druckte die Washington Post einen Artikel mit dem Titel "It's time to kill the \$100 bill" ("Es ist an der Zeit, die 100-\$-Note abzuschaffen"). Erst am Tag zuvor hatte CNNMoney den Beitrag "Death of the 500 euro bill getting closer" ("Das Ende des 500-€-Scheins rückt näher") veröffentlicht. Im Artikel der Washington Post wurde ein Diskussionspapier der Harvard Kennedy School, Nr. 52, von Senior Fellow Peter Sands zitiert, das zu dem Schluss kam, die Abschaffung von Banknoten mit hohem Nennwert würde helfen "Steuerhinterziehung, Finanzkriminalität, die Finanzierung terroristischer Aktivitäten und Korruption" zu verhindern.

Im Laufe der vergangenen Tage haben sich der frühere US-Finanzminister Larry Summers, der EZB-Präsident Mario Draghi und sogar die Redaktionsleitung der New York Times für die Abschaffung dieser Geldscheine ausgesprochen. Abgesehen von der Frage, warum Forderungen dieser Art gerade jetzt so häufig zu hören sind, muss vor allem untersucht werden, ob solche Maßnahmen tatsächlich notwendig sind, oder ob sie den Zentralbanken nur einen Vorwand für viel komplexere Manipulationen der Wirtschaft liefern, mit deren Hilfe sie ihre Kontrolle über das private Vermögen von Bürgern und Unternehmen ausweiten können.

Anfang 2015 wurde berichtet, dass Spanien für private Bargeldtransaktionen eine Höchstgrenze von 2.500 Euro festgelegt hat. In Italien und Frankreich wurden sogar Obergrenzen von nur 1.000 Euro beschlossen. Zudem müssen in Frankreich alle Bargeldabhebungen, die 10.000 Euro im Monat übersteigen, den Regierungsbehörden gemeldet werden. In den Vereinigten Staaten liegt die Grenze hierfür bei 10.000 Dollar je Abhebung. China, Indien und Schweden zählen zu den Ländern, in denen es bereits Pläne für die Abschaffung des Bargelds gibt.

Am 20. April 2015 berichtete das Mises Institute, dass Chase, eine Tochtergesellschaft von JPMorgan Chase und Empfänger von Finanzhilfen in Höhe von 25 Milliarden Dollar (ProPublica, 22. Februar 2016), angekündigt hat, die Verwendung von Bargeld zum Begleichen ausstehender Kreditkartenschulden, Hypotheken und Autokredite zu beschränken. Bereits zuvor, am 1. April 2015, haben Chase und JPMorgan den Mietvertrag ihrer Bankenschließfächer angepasst und diesen Zusatz eingefügt: "Sie erklären sich hiermit einverstanden, in dem Schließfach kein Bargeld und keine Münzen [einschließlich Gold und Silber] zu lagern. Ausgenommen davon sind Sammlermünzen."

Der Krieg gegen das Bargeld hat sich zweifellos von der Regierung auf den Privatsektor ausgeweitet. Doch die Öffentlichkeit ist sich dieser zunehmenden Übergriffe auf ihre persönlichen Freiheitsrechte mehrheitlich gar nicht bewusst.

Am 5. Februar 2016 meldete die New York Times, den Vereinigten Staaten könne "2016 infolge eines 'perfekten Sturmes' der Wirtschaftslage eine neue Rezession bevorstehen". Zehn Tage später teilte Mario Draghi einem Ausschuss des Europäischen Parlaments Folgendes mit: "In den letzten Wochen haben wir eine Zunahme der Sorgen bezüglich der Zukunftsaussichten der Weltwirtschaft beobachtet."

Wenn die Verbraucher im Hinblick auf den Zustand der Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit oder ihre eigene Finanzlage beunruhigt sind, sinken die Ausgaben für nicht lebensnotwendige Güter. Diese Vorsicht resultiert auch in der Tilgung von Schulden und dem Horten von Bargeld.

Ist die Wirtschaftsleistung rückläufig, senken die Zentralbanken die Zinsen und pumpen Finanzmittel in die Wirtschaft. Nimmt das Vertrauen der Verbraucher dennoch weiter ab, führt das Horten von Cash dazu, dass sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes verringert. Die Zentralbanken nehmen das zum Anlass, die Sparanreize durch die Einführung negativer Zinssätze abzuschaffen und so zu erzwingen, dass das Einlagenkapital wieder in Umlauf gelangt.

Am 10. Februar gab Janet Yellen, die Vorsitzende der US-Notenbank, während ihrer Ansprache vor dem Kongress zu, dass negative Zinssätze bereits diskutiert wurden, die Rechtslage jedoch noch nicht abschließend geklärt sei. Nur neun Tage zuvor hatte der Vize-Vorsitzende der Fed, Stanley Fisher, gegenüber dem Think Tank Council on Foreign Relations jedoch bereits erklärt, dass die Notenbank schon im Jahr 2012 über Negativzinsen debattiert habe.

Sollte es mit Hilfe der Minuszinsen nicht gelingen, die Spareinlagen wieder in Umlauf zu bringen, könnte die Regierung auch die Verwendung von Bargeld bei größeren Transaktionen einschränken oder gar verbieten.

Das kommt einem Kampf gegen Cash gleich, der Teil einer größeren Initiative ist, den Bürgern die Kontrolle über ihr Vermögen zu entziehen.

Im Zuge dieser Kampagne gegen das Bargeld könnten auch Gesetze erlassen werden, die die Beschlagnahmung von Bankeinlagen unter gewissen Umständen ermöglichen. Die Konfiszierung von Bankkonten mag in den Augen der US-Amerikaner ein abwegiges Szenario sein. Doch die Bankenkrise von Zypern hat im Jahr 2013 aufgezeigt, wie die Zentralbanken heutzutage zu Bail-Ins stehen, in deren Rahmen die Einlagen eingefroren und sogar beschlagnahmt werden können, um eine Bank zu retten.

Das Wirtschaftswachstum und der scheinbare Wohlstand in den 45 Jahren seit die Vereinigten Staaten die letzte Verbindung ihrer Währung zu Gold gekappt haben, wurden größtenteils durch Kredite finanziert, Kredite in Höhe von unvorstellbar vielen Billionen Dollar. Und im Zentrum dieses enormen Schuldensystems stehen die Banken.

Der derzeitige Kollaps der Ölpreise setzt die Staatsfonds der ölreichen Nationen unter Druck und zwingt sie, ihre Einlagen zu verringern und Wertpapiere zu verkaufen. Die schrumpfenden Einlagen verringern wiederum die Fähigkeit der Banken, Kredite zu vergeben und Gewinne zu erwirtschaften. Wenn im Zuge einer rückläufigen Wirtschaftsleistung gleichzeitig auch noch die Zahl der Insolvenzen und der Umfang der notleidenden Kredite zunehmen, sinkt nicht nur die Rentabilität der Banken - die Lage wird regelrecht gefährlich für sie.

Aktuell sind die Banken einer ganzen Reihe solcher Stressfaktoren ausgesetzt. Infolgedessen droht mittlerweile eine Kreditklemme, obwohl frei verfügbare Darlehen gerade jetzt nötig wären, um das Vertrauen zu stärken. Diese Situation erklärt auch, warum der Finanzsektor bei der jüngsten Verlustwelle an den Aktienmärkten die Führung übernommen hat.

Um sicherzustellen, dass die Menschen ihr Geld trotz negativer Zinssätze auch weiterhin bei den Banken verwahren, haben die Regierungen verschiedene Maßnahmen zur Einschränkung von Bargeldtransaktionen vorgeschlagen. Diese werden von den Politikern gern als "Schutzmaßnahmen" gegen Geldwäsche, insbesondere durch Terroristen, angepriesen.

Die hinterlistigste Intention der Regierungen beim Vorantreiben des Bargeldverbotes ist vielleicht der Ausbau ihrer Möglichkeiten zur vollständigen Überwachung der Ausgaben von Bürgern und Unternehmen. Zweifellos wird es dadurch schwieriger, Einnahmen vor der Steuerbehörde geheimzuhalten. Es wird jedoch auch schwerer, am Markt ein gewisses Maß an Anonymität zu bewahren. Eventuell wird es schon bald nicht mehr möglich sein, Ausgaben oder legitim erworbenes Vermögen vor den allsehenden Augen der Politiker zu schützen.

Negativzinsen in Kombination mit einem Bargeldverbot scheinen ein verzweifelter Versuch zu sein, privates Vermögen auf globaler Ebene unter Kontrolle zu bringen.

Jamie Dimon zählt zu den scharfsinnigsten und einflussreichsten Bankern der Welt. Am 11. Februar hat er 26,6 Mio. Dollar in die stark im Kurs gesunkenen Aktien seiner Bank JPMorgan Chase investiert. In den Medienberichten wurde dies als Demonstration von Zuversicht bewertet. Doch vielleicht erwartet Dimon auch eine starke Erholung der Aktienpreise, wenn sich an den Märkten die Erkenntnis durchsetzt, wie enorm die Banken von negativen Zinsen und der Verringerung außerhalb des Bankenwesens gelagerter Barmittel profitieren könnten.

Präsident Nixons unilateraler Beschluss, die letzten Überreste des Goldstandards im Jahr 1971 abzuschaffen, war der Vorbote eines nuklearen Zeitalters im internationalen Handel. Von nun an versuchten Nationen, sich durch die wiederholte Abwertung ihrer Währungen einen Vorteil zu verschaffen und die Differenz mit der massiven Erhöhung ihrer Schulden auszugleichen, frei von jeder Bindung an den Goldpreis. Diese Strategie ähnelt letztlich der garantierten gegenseitigen Zerstörung der verfeindeten Parteien in einem Atomkrieg: Der internationale Handel entwickelt sich in eine Richtung, die die gegenseitige wirtschaftliche Zerstörung der involvierten Staaten unausweichlich.

Die Schwere und Tragweite der politischen, ökonomischen und finanziellen Probleme, die die relative Stabilität und den Frieden in den entwickelten Gesellschaften bedrohen, sind in der Geschichte ohnegleichen. Sollte der Krieg gegen das Bargeld in seinen ersten Phasen nicht die gewünschten Erfolge erzielen, könnten die Banken für längere Zeit geschlossen bleiben.

Investoren sollten sich dieser Möglichkeiten bewusst sein und es in Erwägung ziehen, Barmittel und Edelmetalle sicherheitshalber außerhalb des Bankensystems zu verwahren. Es ist besser, solche Vorsichtsmaßnahmen Monate zu früh zu treffen, als eine Sekunde zu spät, wenn wir bereits vor den

verschlossenen Türen der Banken stehen.

© John Browne
Senior Market Strategist

Der Artikel wurde am 24.02.2016 auf www.europac.com veröffentlicht und exklusiv für GoldSeiten übersetzt.

*Für eine tiefgreifende Analyse dieser und anderer Themen abonnieren Sie Peter Schiffs kostenlosen Newsletter *The Global Investor*. Für weitere Informationen klicken Sie [hier](#).*

Dieser Artikel stammt von GoldSeiten.de

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/276507--Der-eskalierende-Krieg-gegen-das-Bargeld.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2024. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).